

BRONSKIS WOCHE

Manche werden sich wundern, wenn ich jetzt den Fokus auf ein Thema lege, das viele von Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, in Zeiten des Kriegs in der Ukraine nicht auf dem Radar haben. Doch auch bei uns, im angeblich so zufriedenen und reichen Deutschland, leiden Menschen. Etwa unter der Kirche. Genauer gesagt: der katholischen Kirche. Diesem Thema ist ein neuer Blogtalk gewidmet: „Queer-Sein in der katholischen Kirche“.

Gott liebt jeden Menschen – aber die Amtskirche definiert, unter welchen Bedingungen Gott das tut. An der Basis hingegen wird oft Toleranz gelebt. Oder? Nun, es war jedenfalls nicht die Kirche, die das gesellschaftliche Umdenken in puncto „Ehe für alle“ getragen hat. Ist diese Liberalität inzwischen in der katholischen Kirche angekommen?

Wolfgang F. Rothe, ein gewiehrter Priester, der in München als Seelsorger tätig ist, hat ein Buch herausgebracht, über das ich mit ihm sprechen möchte: „Gewollt. Geliebt. Gesegnet. Queer-Sein in der katholischen Kirche“. Der Talk beginnt am 27.2 um 9.30 Uhr und wird voraussichtlich bis zum 3.3. laufen. Mitreden ist erlaubt und erwünscht. Mehr Info:

frblog.de/blogtalk-rothe

Ihr Bronski

Politik für fünf Prozent

FDP: „Schrankenloser Egoismus statt Gemeinwohl“, FR-Forum vom 17.2.

Es ist ein Armutszeugnis für die FDP, wenn Greenpeace anhand frei verfügbarer Daten nachweisen kann, dass nur fünf Prozent der Autofahrer von einem Ausbau der Autobahnen profitieren, während der Rest Nachteile in Kauf zu nehmen hat und der Verkehr insgesamt dadurch nur noch schlechter fließt. Aber Moment mal! Das kann doch kein Zufall sein! Diese fünf Prozent sind wohl die typische Wählerklientel der FDP, nämlich die, die außerhalb der Hauptverkehrszeiten besonders schnell fahren. Für genau diese fünf Prozent macht die Klientelpartei FDP Politik und nimmt dafür den Rest des Landes in Geiselhaft.

Aber sogar dies kann man der FDP in Abrede stellen. Man kann das, was diese Partei als Politik bezeichnet, einfach als Befriedigung der „Sponsoren“ der Partei und den Versuch der Amtsträger und den Versuch der Amtsträger werten, für die Zeit nach dem Ausscheiden aus dem Amt fett dotierte Posten abzugreifen. Es war ein historischer Fehler, die Klientelpartei FDP an der Regierung zu beteiligen. Stefan Bluemer, Essen

Wir wollen endlich konsequenten Klimaschutz

Vielleicht muss die FDP einfach aufhören, den „ewigen Bremser“ zu spielen, vor allem, was den Klimaschutz angeht. Diese Kritik kann man von allen Seiten hören. Die Deutschen sind entnervt davon. Das macht die Partei wirklich unpopulär. Wir wollen endlich konsequenten Klimaschutz, weil die Klimakrise die größte Gefahr für uns alle ist. Gitta Röth, Essen

Wunsch und Wirklichkeit soll man nicht verwechseln

Schwarzer-Wagenknecht-Manifest: „Welche Kraft hat der Pazifismus noch?“, FR v. 18.2., u. Erwiderungen auf „Der Militarismus ist weiterhin ungebändigt“, Forum v. 22.2.

Schweren Herzens bin ich für Waffenlieferungen

Dass in den Leserbriefen der FR und in der Serie „Friedensfragen“ verschiedene Meinungen zum Verhalten Deutschlands im Ukrainekrieg vorgebracht werden, finde ich einen sehr wichtigen Beitrag der FR zur politischen Debatte. Dabei halte ich es aber für wichtig, dass bei allen Kontroversen und Gegenargumenten den Mitdiskutierenden nicht unterstellt wird, deshalb gleich das Geschäft der kritisierten Kriegspartei zu betreiben. So fand ich im Münkler-Interview vom 15.2. seine sachliche Kritik am Schwarzer-Wagenknecht-Papier völlig gerechtfertigt, aber musste er den Autorinnen „Komplizenschaft mit dem Aggressor“ unterstellen? Ebenso finde ich es problematisch, wenn Leserbriefschreiber Lackinger sie „zusammen mit der AfD auf der Seite des Aggressors“ sieht.

Auch wenn ich schweren Herzens Waffenlieferungen an die Ukraine für notwendig halte: Wir sollten zwischen denen, die begründet und/oder als Gewissensentscheidung (Käßmann) die Waffenlieferungen infrage stellen, Ernsthaftigkeit unterstellen, auch wenn wir die Argumente nicht nachvollziehen können, und sie nicht leichtfertig mit den Russlandfahnen schwenkenden „Querdenkern“ und AfDlern in einen Topf werfen, denn darüber freut sich nur die AfD. Und es besteht die Gefahr, dass die Diskussion zum Glaubenskrieg ausartet.

Hans-Hermann Büchsel, Heidelberg

Die russische Aggression ist ein Zivilisationsbruch

Ob die Interviews mit Applebaum (14.2.) und Münkler (15.2.) manche Leser:innen, die dem Manifest zustimmen, noch nachdenklich machen? Ich staune nur über die Liste der Unterzeichnenden des Aufrufs. Darunter sind von mir bisher sehr geschätzte Personen. Ist ein solches gut intendiertes Manifest nicht



In einer Kunstaktion wurde am 24.2. vor der russischen Botschaft in Berlin ein ausgebrannter russischer T-72-Panzer aufgestellt. EPD

an die falsche Adresse gerichtet? Auch mir ist das Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“ lieb und teuer. Ich möchte es nicht zum Tunnelblick auf die Realität verkommen lassen. Wenden wir das Motto etwa auch angesichts eines bewaffneten Verbrechens gegenüber der Polizei an? Das habe ich in der Friedensarbeit selten gehört. Das staatliche Gewaltmonopol ist nötig für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Das ist offensichtlich im Rechtsstaat.

Einen skrupellosen Verbrecher wie Putin, der aufs Ganze geht, soll mein einseitiger Wunsch nach Frieden beeindrucken? Eher verrät man damit eine verkürzte Wahrnehmung der Realität und ein fragwürdiges Menschenbild. Sinnvolles Ver-

handeln braucht die Bereitschaft aller Konfliktbeteiligten auf Augenhöhe. Frieden ist mehr als ein Wort. Wunsch und Wirklichkeit soll man nicht verwechseln. Andernfalls geraten auch Friedensfreunde auf Abwege.

Ja, die zurückliegenden Fehler der USA, Nato und Europas im Umgang mit Putin und seiner Geheimdienstmafia darf man nicht übersehen. Aber den Zivilisationsbruch mitten in Europa, den die russische Aggression darstellt, können wir nicht ernst genug nehmen. Wir dürfen ihn wie im Manifest auch nicht unterschwellig tolerieren oder gar unausgesprochen entschuldigen. Er ist Ausdruck überholter kolonialer Herrschaftsfantasien. Mit welcher moralischen Überheb-

lichkeit im Namen des Friedens darf irgendjemand dazu derart Stellung beziehen? Fatal!

Wolfgang Nordmann, Bad Überkingen

Im Atomzeitalter kann niemand für Krieg eintreten

Ich bin Pazifist. Spätestens seit der Erfindung und Entwicklung von Atomwaffen kann keiner mehr im Ernst für den Krieg eintreten. Das ist endgültig und für alle Zukunft vorbei. Ich trete aber auch für die militärische Unterstützung der Ukraine ein, denn eine pazifistische Weltordnung funktioniert nur, wenn und solange sich alle Staaten der Welt aus Überzeugung und praktisch daran halten. Ist das nicht der Fall, dann wird jeder radikale Gesinnungspazifismus wirklichkeitsfremd und es gilt: Dem Opfer einer Aggression muss bei gestanden werden, wenn nötig auch mit geeigneten Waffen.

Werner Fricke, Hattersheim

Russland ist nicht gleich Putin und umgekehrt

Frieden entsteht, wenn eine Seite siegt oder wenn die Gegner sich einigen. Für mich wäre naheliegender gewesen, dass der Bundestag nicht nur den Holodomor Stalins gegen die Ukraine anerkannt hätte, sondern auch den der Nazis gegen St. Petersburg, immerhin die Stadt, in der Putin aufgewachsen ist. Zu Zeiten von Glasnost haben wir rote Rosen auf den Gräbern der Verhungerten niedergelegt und mit unseren russischen Gastgebern gehofft, dass so etwas nie mehr vorkommt.

Russland ist nicht gleich Putin. Und Putin ist möglicherweise ein traumatisierter, kranker Mensch. Deutschland sollte denen helfen, die sich diesem Krieg verweigern – auf beiden Seiten, aber auch den Ukrainern, die sich verteidigen, insbesondere gegen die verbrecherische Wagner-Truppe. Ich halte den Vorschlag für gut, neutrale Staaten um Vermittlung zu bitten. Gerd Wild, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/schwarzer

Es wird gefördert, was das Zeug hält

Klimapolitik: „Mehr Emissionen trotz CO₂-Deckel“, FR-Klima vom 20. Februar

Herr Schellnhuber, früherer Direktor des Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK), hat in seinem ausführlichen Buch „Selbstverbrennung“ beschrieben, wie es zum Zwei-Grad-Ziel kam, das später in 1,5 Grad Ziel umgewandelt wurde, um auf der COP in Paris die Zustimmung der Inselstaaten zu bekommen. Dies ist die Grundlage dessen, was Leser Höhn beschrieben hat (FR v. 7.1.). Die Politik und die Wirtschaft haben etwas in die Hand bekommen, das Weitermachen ermöglicht. Und genau danach wird gehandelt. Gedacht war das Ganze aber als Strohalm, um unvermeidliche CO₂-Emissionen in den Griff zu bekommen. Es geht dabei um die CO₂-Menge, die Deutschland proportional noch ausstoßen darf, um im

Rahmen der maximal möglichen Menge CO₂ zu bleiben. Daraus wird also nichts werden. Überhaupt: Die Zahlen, die durch den Raum geistern, also die Temperaturen, die Aussage, wir wären noch unter der 1,5 Grad Marke, ich frage mich, wo die herkommen. Hier in Deutschland geht es eher um drei Grad Erwärmung. Ein Beispiel: Diercke Weltatlas 1957. Anzahl der Sommertage über 25 Grad: 22 Tage. 2022 bis 21.8.: 84 Tage. Hitzetage über 30 Grad im Durchschnitt der letzten 20 Jahre: 11,5 Tage. Allgemeine Tendenz steigend. Alle Zahlen für Frankfurt/M. Die gegenwärtige CO₂-Menge, etwa 420 ppm, bewirkt, dass es in Deutschland etwa drei bis vier Grad zu warm ist, egal bei welchem Wetter. Aufgrund der Ukraine Lage und

der entsprechenden Energiesituation sowie der neuen Gasanlagen und der nicht verbesserten Zubausituation muss man wohl davon ausgehen, dass die Zunahme von CO₂ im vollen Gang ist. Seitens der Regierung im Land wie im Bund ist ein echtes Bemühen um eine Energiegewende nicht zu erkennen.

Niemand scheint zu begreifen, dass CO₂, einmal in der Atmosphäre angekommen, für viele Jahre dort verbleiben wird. Wie sich die Saudis und die anderen Anrainer am Persischen Golf die Zukunft vorstellen, ist mir ein Rätsel. Immerhin haben sie im Sommer Temperaturen von 45-50 Grad immer häufiger, und das geht noch höher. Trotzdem wird gefördert, was das Zeug hält. Es ist unbegreiflich. Jürgen H. Winter, Schöneck

Konfliktpartei Deutschland

Erwiderung auf „Deutschland ist keine Kriegspartei“, FR-Forum vom 18.2.

Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat sich am 16. März 2022 mit Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch Nato-Staaten (Aktenzeichen: WD 2-3000-019/22) geäußert. „Bei Unterstützungsleistungen auf der Grundlage von ‚non-belligerency‘ bleibt der Umfang von Waffenlieferungen, aber auch die Frage, ob es sich dabei um ‚offensive‘ oder ‚defensive‘ Waffen handelt, rechtlich unerheblich. Erst wenn neben der Belieferung mit Waffen auch die Einweisung der Konfliktpartei bzw. Ausbildung an solchen Waffen in Rede stünde, würde man den gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung verlassen.“ Danach wäre Deutschland Konfliktpartei. Winfried Beck, Offenbach